



Der Vorsitzende des Regionalen Planungsverbands Donau-Wald, Landrat Josef Laumer, Geschäftsführerin Petra Harant und der neu bestellte zweite Geschäftsführer Klaus Achatz (von links). Foto: pah

(issuefile/96151/ext/6d7cdf5e07cf8e7c3e8b5802935071ce.jpg)

Vorranggebiete für Trinkwasser erforderlich

Konflikte mit Kiesabbau? – Genaue Flächen müssen erst noch ermittelt werden

Straubing-Bogen. Bayernweit müssen sogenannte Vorranggebiete für Trinkwasser ausgewiesen werden. Darauf hat Peter Schmid von der Regierung von Niederbayern bei der Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbands (RPV) am Donnerstag im Landratsamt hingewiesen. Künftig müsse abgewogen werden, was auf einer bestimmten Fläche wichtiger ist: Kies oder Trinkwasser.

Beim Trinkwasserschutz geht Bayern einen Sonderweg, erläuterten die Vertreter des Wasserwirtschaftsamts (WWA) Deggendorf. Während andere Bundesländer bis zu 17 Prozent der Flächen als Wasserschutzgebiete ausweisen, liege der Anteil in Bayern bei fünf Prozent. Bei uns werde bislang nur ein enger Bereich um die Trinkwasser-Entnahmestelle herum geschützt, der Einzugsbereich des Wassers sei aber weitaus größer. Anders formuliert: Auch Regentropfen, die ein paar Kilometer von der Entnahmestelle entfernt fallen, können unter Umständen im Trinkwasser landen. Um diese Ressource besser zu schützen, sei im Landesentwicklungsplan (LEP) jetzt festgelegt, dass die Planungsverbände sogenannte Vorranggebiete für die Wasserversorgung ausweisen müssen, erläuterte Regierungsvertreter Peter Schmid. In solchen Vorranggebieten dürften keine Firmen mit gefährlichen Chemikalien oder Raffinerien angesiedelt werden. Auch der Kiesabbau aus grundwasserführenden Schichten werde dort verboten sein. Die Erfahrung beim RPV in Landshut, der bereits solche Gebiete ausgewiesen habe, habe aber gezeigt, dass „98 Prozent der Planungen nicht betroffen“ seien, sagte Schmid. „Ein normales Baugebiet zum Beispiel ist kein Problem.“ Auch die Landwirtschaft sei nicht tangiert.

Abbau seit Jahrzehnten

„Auch zwei Prozent können viel Ärger machen“, merkte dazu Verbandsrat Horst Wipplinger aus dem Landkreis Passau an. Er verwies auf ein Beispiel aus seiner Region, wonach eine Kiesabbaufirma bei der Ausweisung eines solchen Vorranggebiets möglicherweise in der Existenz bedroht sei. Das sahen auch Verbandsräte anderer Landkreise wie Straubing-Bogen, Deggendorf oder Regen so. Der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter, zugleich Verbandsvorsitzender des Wasserzweckverbands Waldwasser, zeigte offen seinen Unmut darüber, von der nötigen Ausweisung nicht schon vorab informiert worden zu sein. Im Einzugsgebiet von Waldwasser spiele der Kiesabbau eine wichtige Rolle, was aber „seit Jahrzehnten“ kein Problem gewesen sei. Schließlich sei beides für die Menschen wichtig: die Versorgung mit Rohstoffen ebenso wie die mit Trinkwasser.

Während im Deggendorfer Raum Lage und Umfang der Trinkwassereinzugsgebiete noch nicht exakt bekannt sind, hat Karl Wellenhofer, Bürgermeister von Mallersdorf-Pfaffenberg und ebenfalls Wasserzweckverbandsvorsitzender, kürzlich durch die Planung der Stromtrasse Süd-Ost-Link von deren Lage und Ausmaß erfahren. Er appellierte, die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren.

Gespräche geplant

Der Planungsausschuss beschloss als ersten Schritt, dass WWA Deggendorf damit zu beauftragen, die genaue Lage der Einzugsgebiete feststellen zu lassen. Danach soll das Gespräch mit den Betroffenen gesucht werden.

Neben dem Thema Wasser ging es in der Sitzung auch darum, dass der Regionalplan fortgeschrieben werden muss. Nicht mehr auf dem neuesten Stand sei etwa die Festlegung der sogenannten zentralen Orte. Überarbeitet werden müsse auch das Thema Lehm- und Tonabbau. Die dafür ausgewiesenen Flächen seien zu umfangreich, nachdem es inzwischen deutlich weniger Ziegelhersteller gibt als früher.

Weiteres Thema war die Bestellung eines zweiten Geschäftsführers. Das Amt wurde Klaus Achatz übertragen. Er ist Leiter des Sachgebiets Wirtschaft, Touristik und Kreisentwicklung am Landratsamt Straubing-Bogen. Federführende Geschäftsführerin ist Petra Harant, Verbandsvorsitzender Landrat Josef Laumer. Dem RPV Donau-Wald gehören zwei kreisfreie Städte sowie fünf Landkreise und deren Gemeinden an. – pah –